

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster

Jahrgang.

Nr. 287.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 24. April.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Amtliches.

Berlin, 22. April. Der König hat den Landrath v. Bülow in Wolmirstedt zum Regierungsrath, die Gerichts-Äffessoren Neumann in Strelno und Dr. jur. Koppel in Schleswig zu Amtsrichtern ernannt, sowie in Folge der von der Stadtverordnetenversammlung zu Duisburg getroffenen Wiederwahl, die bisherigen unbeforderten Beigeordneten: Rentner Brodhoff und Dr. jur. Göde daselbst in gleicher Eigenschaft für eine fernere sechsjährige Amtsdauer bestätigt.

Der Amtsrichter Neumann zu Ronitz ist zum Notar im Bezirk des Kammergerichts mit Anweisung seines Wohnsitzes in Spandau, und der Gerichtsaffessor Eder in Köln zum Notar für den Amtsgerichtsbezirk Zell im Landgerichtsbezirk Koblenz mit Anweisung seines Wohnsitzes in Zell ernannt worden. Verstorben sind: der Landgerichts-Rath Schrader in Stade an das Landgericht in Göttingen, der Amtsrichter Junge in Margonin an das Amtsgericht in Goldberg und der Amtsrichter Brenneke in Arns an das Amtsgericht in Neidenburg. Dem Amtsrichter Gabel in Miltitz ist behufs Uebertritts in die Verwaltung des Fürstbisthums in Breslau die nachgesuchte Dienstentlassung erteilt. In der Liste der Rechtsanwältinnen sind folgende: der Rechtsanwält, Justiz-Rath Wagner in Marienwerder bei dem Ober-Landesgericht daselbst und der Rechtsanwält, Justiz-Rath Thönges in Wiesbaden bei dem Landgericht daselbst. In der Liste der Rechtsanwältinnen sind eingetragen: der bisherige Amtsrichter Busse in Strelno, der Gerichtsaffessor Dr. Gabele und der Gerichtsaffessor Dr. Subrauer bei dem Landgericht I. in Berlin, der Gerichtsaffessor Dingerus bei dem Amtsgericht in Föhrde, der Gerichtsaffessor Neubauer bei dem Amtsgericht in Gumburg v. d. Höhe und der Gerichtsaffessor Albers bei dem Amtsgericht in Nikolai. Der Rechtsanwält und Notar Giesing in Tondern und der Rechtsanwält und Notar Freudenstein in Rinteln sind gestorben.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

51. Sitzung.

Berlin, 22. April. Am Ministertische Lucius, von Puttkamer, Friedberg und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Verathung des Gesetzentwurfs betreffend die Landgüterordnung für die Provinz Westfalen und die (rheinischen) Kreise Rees, Essen (Stadt und Land), Duisburg und Mülheim an der Ruhr.

§ 1 bestimmt, daß als Landgut im Sinne des Gesetzes jede in der Landgüterrolle des zuständigen Amtsgerichtes eingetragene Besitzung zu verstehen ist; eingetragen kann jedes Landgut werden, welches mit einem Grundsteuerreinertrag von 75 M. angelegt ist.

Abg. Langerhans: Durch dieses Gesetz wird ein neues Erbrecht geschaffen, was im Interesse einer einheitlichen Regelung im deutschen Reich nur zu bedauern ist. Allerdings muß lokalen Eigentümlichkeiten auch in der Gesetzgebung Rechnung getragen werden. Man will durch dieses Gesetz den kleinen und mittleren Grundbesitz erhalten. Es fragt sich aber sehr, ob die Theilung desselben nicht vorteilhafter ist als dessen Anhäufung. Wie schädlich der Großgrundbesitz, die Latifundien auf den kleinen Besitz wirken, wie wenig sie an sich produktionsfähig sind, hat Spanien und Italien und bei uns auch Schlesien gezeigt, wo sie die Nothstände mit herbeigeführt haben. Diese Vorlage ist überflüssig, weil der bäuerliche Grundbesitz sich bis jetzt konstant erhalten hat. Die westfälischen Bauern wollen nicht, daß sie durch besondere gesetzliche Bevorzugung geleitet werden. Deshalb bitte ich, lehnen Sie den § 1 ab.

Abg. Sombart: Ich möchte wünschen, daß man die Besitzungen der Städte und die Forstparzellen im Interesse der Ritterben, die sonst bei der Erbfolge zu kurz kommen würden, von der Eintragung in die Güterrolle ganz befreit. Ich beantrage die definitive Abstimmung über § 1 hinauszuschieben bis nach Annahme des § 17, der seinerseits an die Kommission zurückverwiesen werden müßte.

Abg. Spener (Senatspräsident beim Oberlandesgericht in Hamm): Das Oberlandesgericht in Hamm, welchem dieser Entwurf zur Begutachtung vorgelegt worden ist, hat sich mit Ausnahme von 2 oder 3 Mitgliedern für denselben ausgesprochen. Es war der Ueberzeugung, daß der Entwurf nur eine Kodifizierung dessen enthalte, was in Westfalen seit Jahren Recht und Sitte sei.

Abg. v. Schorlemer-Alf: Hr. Sombart sollte nicht einen so scharfen Unterschied machen zwischen Grundstücken außerhalb der Feldmark und auf dem Lande. Es giebt in Westfalen viele Städte, welche aus alter Zeit diesen Namen führen. In Wirklichkeit aber ackerbauende Dörfer sind. Diese von der Wohlthat des Gesetzes auszuschließen, liegt kein Grund vor. Das Ausfaugen des bäuerlichen Besitzes durch die Latifundien will auch ich keineswegs. Wir wollen gerade den mittleren und kleinen Großgrundbesitz erhalten und vermeiden, daß er in die Hände des Großgrundbesitzes und vor allem des Kapitals fälle, daß die jetzigen Besitzer Pächter werden. Augenblicklich befindet sich nur 1/2 des jammlichen Besitzes in den Händen der Großgrundbesitzer, 1/2 aber in den Händen des Bauernstandes und der Rest fällt auf den kleinen und städtischen Besitz. Eine glücklichere Vertheilung des Grundbesitzes kann nicht gedacht werden, und diese wollen wir erhalten. Dies ist allerdings seit langer Zeit vermöge der Erbtheilung ermöglicht worden. Aber dann muß man es auch gesetzlich zum Ausdruck bringen, statt den Grundbesitz zu nöthigen, mit allen möglichen Mitteln das bisherige Gesetz zu umgehen. Es kommt leider viel zu oft vor, daß Besitzer ohne Testament sterben und daß dann eine Zerstückelung des Grundstückes eintritt. Diese Zerstückelung soll hier gesetzlich verhindert werden. Nach einer auf meine Veranlassung aufgestellten Statistik sind in den Jahren 1850-80 257 Höfe wegen Mangels eines Testaments zu Grunde gegangen; im Ganzen sind zerstückelt weit über 2000 Höfe und zwar außer jenem Grunde durch Substantiation wegen Verschuldung und freiwilliger Theilverkäufe.

Nach § 7 soll die einmal erfolgte Eintragung in die Landgüterrolle nur durch Löschung ihre Wirksamkeit verlieren, ohne Löschung soll die Eintragung auch für jeden nachfolgenden Eigentümer wirksam bleiben.

Abg. Uhlenhoff beantragte, daß die Eintragung für den nachfolgenden Eigentümer ohne Wirksamkeit sein solle.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Nach § 17 soll die Feststellung der Tage der eingetragenen Landgüter in folgender Weise erfolgen. Als Werth der Landgüter wird angenommen der zwanzigfache Betrag des Grundsteuerreinertrages

und des Nutzungswertes der Gebäude. Dagegen würden nicht besonders eingeschätzt die Wohnung des Eigentümers und seiner Dienstleute, sowie die sonstigen Wirtschaftsgebäude, die Bäume und Holungen, das Gutsinventar und die beweglichen Pertinenzstücke. Nach den allgemeinen Regeln würden dagegen abgeschätzt und dem Gutsverth hinzugerechnet die nützlichen Gerechtigkeiten, das überständige Holz und die gewerblichen Anlagen.

Dazu liegen mehrere Anträge vor.

Abg. Uhlenhoff beantragte, daß die Tage nach folgenden Grundätzen aufgestellt werde: Als Werth der Besitzung soll betrachtet werden: der sechszehnfache Betrag des Grundsteuerkafers der zum Gut gehörenden Liegenschaften unter Hinzurechnung des Werthes der Pertinenzstücke, ferner der Werth der auf dem Gut vorhandenen gewerblichen Anlagen und der sonstigen Gebäude, soweit sie zur Gebäudesteuer eingeschätzt sind und der sechszehnfache Betrag des Reinertrages der zum Gute gehörenden nützlichen Gerechtigkeiten.

Von dem Abg. Grumbrecht und vom Seede liegt ein Antrag vor, wonach auch die zur Gebäudesteuer veranlagten Gebäude mit in den Werth der Besitzung eingerechnet werden sollen, nur die zum eigentlichen Wirtschaftsbetrieb gehörigen Gebäude, also nicht das Wohnhaus, sollen ausgeschlossen sein.

Endlich beantragte Abg. Frizen für den Kreis Rees den 30-fachen Betrag der Grund- resp. Gebäudesteuer als Tagwerth einzusetzen.

§ 17 wird hierauf unter Ablehnung sämtlicher Anträge mit großer Mehrheit angenommen. Die übrigen Paragraphen des Gesetzes erregen keine erhebliche Debatte und werden unverändert nach der Fassung der Regierungsvorlage genehmigt.

Es folgt die erste Verathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Vertretung des Lauenburgischen Landeskomunalverbandes. Nach demselben soll in Lauenburg eine Kreisvertretung nach Maßgabe der Kreisordnung für die östlichen Provinzen gebildet werden. Dagegen sollen in den höheren Instanzen an die Stelle der Selbstverwaltungskörperschaften der Regierungen bzw. Oberpräsident treten. Das Gesetz soll am 1. Oktober 1882 in Kraft treten, weil das gegenwärtige Verwaltungssystem nur bis zum 1. Oktober 1882 in Geltung bleibt.

Von den Abgeordneten Hammacher (Lennep), Köhler, Windthorst liegt ein Antrag vor, unter Ablehnung der Vorlage folgendes Gesetz anzunehmen: Einziger Paragraph. „Die im § 8 des Gesetzes vom 23. Juni 1876, betreffend die Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit der preussischen Monarchie (Gesetz-Sammlung Seite 163) vorgesehene, durch das Gesetz vom 5. Februar 1880 (Gesetz-Sammlung Seite 45) bis zum 1. Oktober 1882 erstreckte Frist für eine anderweitige Ordnung der Vertretung des Lauenburgischen Landeskomunalverbandes wird bis zu anderweiter gesetzlicher Regelung verlängert.“

Abg. Sahn: Der prinzipielle Anlaß zu diesem Gesetze ist darin zu suchen, daß ein Zustand, der von vornherein als provisorisch angenommen ward, nicht weiter dauern kann. Der Antrag Hammacher will die Komposition der Vertretung für Lauenburg auf unbestimmte Zeit hinausschieben, und das in einem Augenblick, wo die Regierungsmotive ergeben, daß an ein Zustandekommen der Kreis- und Provinzialordnung für Schleswig-Holstein zunächst noch nicht zu denken ist. Bedenken Sie doch auch, am 1. Oktober geht die provisorische Verwaltung zu Ende, etwas Neues muß also geschaffen werden. Da fragen wir, ob bei dieser Nothwendigkeit es sich rechtfertigen läßt, eine Institution auf die Dauer bestehen zu lassen, die allen Grundätzen unserer neueren Gesetzgebung widerspricht. Wir empfehlen eine Ueberweisung des Gesetzes an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Windthorst: Für die Ueberweisung an eine Kommission würde auch ich stimmen, wenn ich glauben könnte, daß uns noch Zeit für eine Durchberatung der einzelnen Bestimmungen bliebe. Aber so wie die Dinge liegen, ist eine derartige Prüfung nicht möglich. Ueberdies müßte das Gesetz auch noch das höhere Haus passieren (Große Heiterkeit), wozu gleichfalls in der Spanne Zeit, die uns naturgemäß verbleibt, Aussicht nicht vorhanden ist. Das ist der äußere Grund, der mich bestimmt, mich gegen den Antrag Sahn zu erklären. Ich habe übrigens auch noch materielle Gründe, und diese haben den vom Abg. Sahn angegriffenen Antrag veranlaßt. Derselbe rührt von mir her, Herr Hammacher hatte nur die Güte, denselben mitzuunterzeichnen. Wie kommt die Regierung dazu, den korrekten Weg zu verlassen und für einen einzelnen Kreis eine besondere Kreisordnung zu schaffen, während sonst gesagt wird, daß die Regelung der Lauenburgischen Verwaltung mit der Kreis- und Provinzialordnung für Schleswig-Holstein erfolgen müsse, wozu Lauenburg geschlagen ist, obwohl es nach meinem Dafürhalten seiner ganzen historischen Entwicklung nach zu Hannover gehört. Die Gründe, die jetzt für das Verlassen jenes früheren Weges angegeben werden, sind nicht maßgebend. Ich leugne es nicht, daß es mich überreicht und betrübt hat, in den Worten der Regierung und der berechneten Vertbeildung derselben zu hören, daß die Neuordnung gemacht werden müsse zur Beseitigung althistorischer Institutionen. Ich hatte das nicht für die Aufgabe einer konservativen Regierung und Partei gehalten. Zum Mindesten hätte man nachweisen müssen, daß die alte Administration schlecht gewesen sei. Aber das ist nicht geschehen und darum bedeuten alle Ausführungen nichts. Was die Regierung jetzt beabsichtigt, ist ein Alt moderner Gesetzgebung neuerer Art. Man will eine zerstückelte, verflümmelte Kreisordnung schaffen. Denn alle Bestimmungen in Beziehung auf Gemeinde und Amt sollen nicht eintreten, nur die auf die Kreisbildung an sich bezüglichen. Das ist eine Verkümmern nach unten hin und noch mehr nach oben, denn auch hier sind Uebergangsbestimmungen wie in Hannover in Aussicht genommen. Das Ganze erscheint mir wie das Bild eines Pabels, den man vom Schwanz und Kopf ab geschoren hat, und dem nur in der Mitte ein Stückchen Pelz belassen ist. (Heiterkeit.) Das ist nicht zu billigen und würde nach vielen Seiten präjudizirt werden können. Ich meine, daß es richtig ist die Vorlage abzulehnen, gebe aber zu, daß etwas geschehen muß. Denn der 1. Oktober rückt heran, und Lauenburg befindet sich dann ohne gesetzliche Basis. Diese zu schaffen bezweckt unser Antrag, der übrigens ein Präjudiz auch dann nicht schafft, wenn doch einmal die Verhältnisse in Lauenburg getrennt von Schleswig-Holstein geordnet werden sollten.

Staatsminister v. Puttkamer: Ich schließe mich dem Antrage auf Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission an, weil anzuerkennen ist, daß technische Zweifel über Inhalt und Fassung des Entwurfes möglich sind. Die Regierung ist der Meinung, daß der jetzige Zustand der Landeskomunalverwaltung in Lauenburg prinzipiell wie

praktisch unhaltbar ist. Der Gedanke, diese Regelung zu verschieben, bis für Schleswig-Holstein eine Kreis- und Provinzialordnung vorgelegt werden wird, ist wohl nicht unbegründet, aber die Regierung konnte sich trotzdem der Erwägung nicht verschließen, daß eine Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes über den 1. Oktober 1882 hinaus nicht zu gestatten ist. Handelte es sich hier wirklich um einen altbegündeten historischen Zustand, so würde ich mit mir reden lassen. Nun sind zwar die Ritter- und Landschaft in Lauenburg sehr alte Korporationen, aber die Funktionen, die ihnen jetzt genommen und anderen Behörden übertragen werden sollen, üben sie keineswegs lange aus. Denn erst seit 1873 ist die Kreis- und Kommunalverwaltung dieser Korporation übertragen worden. Wir wollen jetzt die Verwaltung in Hände legen, die der Entwicklung der preussischen Verwaltung mehr entsprechen. Was ich jetzt am meisten perhorreszire, ist die gegenwärtige Stellung der staatlichen Verwaltung des Kreises zu jener Körperschaft. Es ist ein Unterschied, ob der Landrath der Vorstände des Kreistags und der Chef der Verwaltung ist oder aber bloß, wie jetzt in Lauenburg, als Kommissar der Regierung den Verhandlungen der Ritter- und Landschaft beibohnt. Außerdem ist nicht zu leugnen, daß bei der dortigen Landeskomunalverwaltung große Mängel zu Tage gekommen sind, die ihren Grund in dem Nichtvorhandensein eines geschulten Beamten an der Spitze derselben haben. Ferner haben die jetzt funktionierenden Oberbeamten eine zu weitgehende Unabhängigkeit, so daß neben ihnen keine verantwortliche Leitung des Landrathskollegiums bestehen kann. Allerdings kann es auffallen, daß ein Entwurf für einen Kreis allein vorgelegt wird. Die Regierung hat auch in der That den Plan gehabt, diese Angelegenheit in Verbindung mit der Kreis- und Provinzialordnung für Schleswig-Holstein zu regeln, aber der Provinzial-Landtag der genannten Provinz hat an dem Entwurf so viele Ausstellungen gemacht, daß es unmöglich war, alle Monita rechtzeitig gehörig zu prüfen, wir mußten daher die Vorlage für Lauenburg abzugeben und selbstständig dem Hause vorlegen, weil eben die dortigen Verhältnisse unhaltbar sind. Es ist übrigens nicht nur zulässig, sondern liegt im Staatsinteresse, erst die Kreisordnung in den Provinzen einzuführen und erst dann die Organisation der gesamten Verwaltung durchzuführen. Deshalb sind sowohl in dem vorliegenden Entwurf, als in der Vorlage für Hannover Uebergangsbestimmungen aufgenommen worden.

Abg. Windthorst: Im Allgemeinen ist mein Standpunkt bezüglich der Verwaltungsorganisation folgender: Nachdem wir einmal die Hälfte des Landes organisiert haben, so soll man hier, also in den alten Provinzen, die Dinge so einrichten, wie sie definitiv bleiben sollen. Wenn sich dann das Definitivum bewährt haben wird, dann wollen wir sie auf andere Provinzen übertragen, aber eher nicht. Abg. Köhler: Der Entwurf schafft nur ein Provisorium, da es ungewiß ist, ob Lauenburg demnächst bei Schleswig-Holstein bleiben, oder zu Hannover fallen wird. Der Minister hat selbst zugegeben, ohne kommissarische Verathung könne man nicht fertig werden; wie soll aber die Kommission in dieser kurzen Zeit ihre Arbeit beenden? Wir haben den jetzigen Zustand schon öfter prolongirt. Die jetzigen Uebelstände können nicht plötzlich eingetreten sein, so daß wir eine Prolongation wohl noch eintreten lassen können. Abg. Windthorst: Die von mir ausgesprochene Ansicht bezüglich der Verwaltungsorganisation ist eigentlich die, welche der Minister bei Antritt seines Amtes kundgethan, und ich habe mir dieselbe nur zu eigen gemacht. Wenn aber der Minister wirklich dieser Ansicht ist, wie konnte er uns, bevor noch das Definitivum in den alten Provinzen hergestellt ist, die Entwürfe für Hannover und Lauenburg vorlegen? Minister v. Puttkamer: Alles, was ich betreffs der Revisionsbedürftigkeit der Verwaltungsgesetze gesagt habe, bezieht sich nicht auf die Kreisordnung, sondern auf die höheren Instanzen. Ein Provisorium schafft der Entwurf nicht, weil Lauenburg in Folge des Einverleibungsgesetzes zu Schleswig-Holstein gehört und niemand an eine Trennung denkt.

Abg. v. Minnigerode: Die Erklärungen des Ministers werden gewiß alle Provinzen befriedigen. Ich halte übrigens dafür, daß der Groß- und Kleingrundbesitz gemeinsam an der Verwaltung theilnehmen sollen; in dieser Beziehung stehe ich auf dem modernen Boden der Kreisordnung und erkläre mich gegen die Ritterchaften. Es empfiehlt sich, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen.

Abg. Windthorst: Es ist wenig Aussicht, daß die Kommission die Vorlage noch erledigen wird. Daß der Minister seine Aeußerung nicht auf die Kreisordnung bezieht, das widerlegt nicht das, was damit widerlegt werden soll. Denn für Hannover liegt auch die Provinzialordnung vor, und dann steht die ganze Verwaltungsorganisation in einem inneren Zusammenhang, viele Bestimmungen wären in der Kreisordnung nicht richtig, wenn nicht ein Schutz in den höheren Instanzen geschaffen worden wäre.

Damit schließt die erste Lesung. Die Verweisung der Vorlage an eine Kommission wird abgelehnt.

In der zweiten Lesung lehnt das Haus die Regierungsvorlage ab und genehmigt den Antrag Hammacher.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Eisenbahnräthe, Ankauf der Anhalter Bahn.)

Politische Uebersicht.

Posen, 24. April.

Deutschland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind seit dem vergangenen Sonnabend durch ein direktes Telegraphenabel mit einander verbunden. Das Nähere über die Eröffnungsfeier der neuen Telegraphenlinie findet der Leser unter den Telegrammen.

Die „N. L. C.“ schreibt: Es dürfte nicht überflüssig sein, eine Aufforderung an die Reichstagsabgeordneten, insbesondere an die liberalen, zu richten, zu der am nächsten Donnerstag bevorstehenden Eröffnung der Session rechtzeitig sich einzufinden. Ob es zu einem neuen Kampf um das Präsidium kommen wird, läßt sich noch nicht erkennen. Jedenfalls aber wird der Reichstag alsbald die Vorlage des Tabaksmonopols vorfinden und ohne Verzug sich an diese seine wichtigste

Arbeit begeben. Man nimmt an, die Eröffnung der Session werde durch den Reichskanzler vorgenommen werden, dessen Rückkehr nach Berlin für Sonntag angekündigt war. (Vergleiche übrigens am Schlusse der Depesche das Berliner Telegramm.)

Wie die Offiziösen die Gegner des Tabakmonopols zu den Reichsfeinden zählen, so werfen sie diejenigen, welche das konservativ-kerikale Kompromiß über die Kirchenvorlage als eine Demüthigung und Unterwerfung des Staates verurtheilen, zu den „Hegern“. Diesen stellt die „Nordd. Allg. Zeitung“ unter Berufung auf das Rechtfertigungsschreiben des Herrn Tiedemann zwei Thatsachen gegenüber: erstlich, daß das Zentrum durch seine Zustimmung zu dem v. Rauchhaupt'schen Kompromißantrage den abstrakt negativen Standpunkt, welchen es bisher festhielt, aufgegeben und die Hand zur positiven Mitwirkung an der kirchenpolitischen Gesetzgebung geboten hat; zweitens, daß durch Beschränkung des Bodens der diskretionären Gewalt das Prinzip der Staatsautorität nicht nur nicht geschädigt, sondern gewahrt werde. Nun ist gewiß Niemand weniger dem Verdacht einer frivolen Opposition gegen die Regierungspolitik ausgesetzt, als Herr v. Treitschke. Herr v. Treitschke aber sagt in dem neuesten Heft der „Preussischen Jahrbücher“ („das Kirchengesetz vor dem Landtage“):

„Auf keinen Fall wird der Bischofsparagraf allein genügen, um den Finanzplänen des Kanzlers den Bestand einer Partei zu sichern, die unter weltlicher Führung steht und jede Verstärkung der Reichsgewalt fürchtet. Darum wäre es nicht nur unbedenklich, sondern geradezu als ein Glück zu betrachten, wenn das neue Kirchengesetz, verdonnerd wie es ist durch die Schuld aller Parteien, im Herrenhanse zu Falle käme.“

Diesen Glücksfall hat Minister v. Goltz durch die Erklärung, daß die Regierung das Kompromiß unter zwei ganz bedeutungslosen Bedingungen acceptiren könne, unmöglich gemacht. Herr v. Treitschke macht seinen früheren Parteigenossen, den Nationalliberalen, einen Vorwurf daraus, daß sie die Vorlage der Regierung nicht angenommen und nicht bemerkt hätten, „daß es dieses Mal in ihrer Hand lag, die Staatsgewalt vor einer ernstlichen Gefährdung ihres Ansehens zu bewahren“. Man muß also annehmen, daß diese ernste Gefährdung des Ansehens der Staatsgewalt eingetreten ist. Herr v. Treitschke weiß auch nichts davon, daß das Zentrum seinen abstrakt negativen Standpunkt aufgegeben habe; er schreibt die Wendung des Zentrums lediglich dem Wunsche zu, den Bischofsparagrafen zu retten, d. h. gerade diejenige Bestimmung, durch deren Ausführung die Masse der katholischen Bevölkerung zu dem Glauben gebracht wird, „daß die Auflehnung gegen das Staatsgesetz in Preußen nicht allzuviel auf sich habe“. Es wäre wünschenswerth, daß die „N. A. Ztg.“ sich zunächst einmal mit Herrn v. Treitschke auseinandersetze.

Die Spaltung zwischen Radow und Ignatjew erweitert sich zusehends. Radow giebt sich in der „Mosk. Wiedomosti“ mit der Ernennung Giers' zufrieden und macht dabei die Bemerkung, Rußland brauche eine feste, wahrhaft nationale Politik, die gegenwärtig auch im Ministerium des Innern vermisst werde. Man wird sich erinnern, daß Radow den Minister des Innern schon einmal wegen seines Judenthums angegriffen hat. Es scheint fast, daß auch die Panlawisten den Grafen fallen lassen — oder auch umgekehrt. Der Gegensatz der Naturen ist in der That so groß, daß ein Bruch sehr erklärlich wäre. Hier der frivole und waghalsigste aller Diplomaten, der unbedenklich mit allem spielt, dort markige Persönlichkeiten mit mannigfach schrullhaften und verschrobenen Ansichten, aber voll Wärme des Gedankens, Tiefe der Ueberzeugung und charaktvoller Einrichtungen des Willens. Man möchte fast den Vorwurf der Ueberläuferei aus den räthselhaften Zeilen heraushören. Ueberraschen würde ein solcher Seitenprung bei dem Minister des Innern nicht. Es ist noch in lebhafter Erinnerung, mit welcher feilzänzerischen Eleganz Ignatjew gelegentlich des absolutistischen Mai-Manifestes vom vorigen Jahre, welches wie ein Blitz aus heiterem Himmel in das Lager der Reformpartei einschlug und die Verfassungsfreunde kopflos auseinanderstörte, von der Fortschrittspartei zum Ultrathum hinüberturnte und unter dem stumm verdümmten Entsetzen seiner bisherigen Gefinnungsgegnern sich als begeisterten Verehrer des selbstherrlichen Jarenthums aufspielte. Ein ähnlicher Gefinnungswechsel scheint jetzt mit dem aalglatten Minister vorzugehen. Das zahme Wesen, mit dem er den Mißthäter Trubnikow sofort entließ, reimt sich wenigstens sehr gut mit diesem Frontwechsel. Es geht doch nichts über einen Diplomaten, der mit den Ereignissen Schritt zu halten weiß!

Locales und Provinzielles.

Posen, 24. April.

1. Der Diakonissenverein zu Frankfurt und das dortige Rettungshaus haben ihren Jahresbericht für das verflossene Verwaltungsjahr 1881 erscheinen lassen. Aus dem Jahresbericht des Diakonissenvereins geht hervor, daß die Station, welche zwei Schwestern zählt, auch im letzt vergangenen Jahre, dem zehnten ihres Bestehens, wieder eine recht segensreiche Thätigkeit entwickelt hat. Es wurden im Jahre 1881 nicht weniger als 220 Nachtwachen gethan und 112 Kranke verpflegt. Von diesen sind 54 genesen, 34 gestorben und 24 in Pflege verblieben; 74 gehörten der evangelischen, 31 der katholischen und 7 der mosaischen Religion an. Der Verein, welcher zweimal die Hilfe des Posener Mutterhauses in Anspruch nehmen mußte und ausbilsweise eine Schwester auf kurze Zeit zur Unterstützung erhielt, konnte immer noch nicht daran denken, die dauernde Stationierung einer dritten Schwester zu beantragen, weil dazu die Mittel nicht ausreichten. Das Legat des Fürstbischöflichen Anna Katholik, welches der altkatholischen evangelischen Kirche vermach worden war, ist von Sr. Majestät dem Kaiser und König mit der Maßgabe bestätigt worden, daß die Zinsen den beiden überlebenden Schwestern der Verstorbenen gezahlt, und daß nach deren Ableben der Zinsgenuss den Diakonissen überwiesen werde. Auf Beschluß des Vorstandes sind die Inventariensätze, welche den Diakonissen aus dem Nachlaß des Fürstbischöflichen überwiehen worden waren, verkauft und der Erlös der Vereinskasse überwiesen worden. Außerdem erhielt die Kasse mehrere Geldgeschenke im Gesamtbetrage von 477 Mk., größtentheils Dankopfer für die den Kranken geleistete Pflege. Ebenso gingen an Naturalien mancherlei Gaben für den Haushalt der Diakonissen ein und wurden Kranke von vielen Familien mit Equipagen versehen. An Stelle des am 1. April

1881 in Folge Verletzung nach Graac bei Magdeburg ausgeschiedenen Vorstandsmittgliedes, des Superintendenten Herrn Pfeiffer, wurde Herr Pastor prim. Engelmann zum Vorsitzenden gewählt. Herr Senator Dehmann übernahm die Führung der Kasse. Aus dem Jahresberichte des Rettungshauses ist zu entnehmen, daß dasselbe bei Beginn des Jahres 1881 zwölf Pfleglinge zählte, und zwar 6 Knaben und 6 Mädchen. Im Laufe des Jahres traten 3 Knaben und 6 Mädchen zu, während 3 Knaben und 3 Mädchen ausschieden, so daß am Schlusse des Jahres noch 6 Knaben und 9 Mädchen in der Anstalt verblieben. Ein Mädchen erlag am 19. Februar d. J. den Folgen eines langen Siechthums. An Geldgeschenken gingen dem Verein von 6 Gebern 435 Mk. ein; ein Aufruf im Frankfurter „Volksblatt“, welcher anlässlich des Weihnachtseffektes erlassen wurde, hatte die Folge, daß dem Verein 359 Mk. an außerordentlichen Gaben aus der Stadt und Umgegend gesendet wurden; außerdem erhielt der Verein noch einige Naturalien. Am 10. Oktober v. J. starb eines der ältesten Vorstandsmittglieder, Fräulein Wilhelmine Seiffert, die mit großer Treue bis in ihre letzten Lebenstage hinein für das Rettungshaus georgt und demselben auch leiblich ein Legat zugewendet hatte. An Stelle der Verstorbenen wurde Frau Bürgermeisterin Masche in den Vorstand gewählt. Indem die beiden Vorstände, des Diakonissenvereins wie auch des Rettungshauses am Schlusse ihrer Berichte, allen Denen, welche die Sache ihrer Institute mit Rath und That unterstützt haben, ihren Dank aussprechen, bitten sie die Bewohner von Frankfurt und Umgegend, auch im gegenwärtigen Jahre der Kranken und Waisen, sowie ihrer Pflegerinnen nicht zu vergessen.

7. Gerichtsfangene wurden am Freitag von hier nach dem Zuchthaus zu Krawitz übergeführt; in gleicher Weise erfolgte die Ueberführung von 7 Korrigenden nach dem Arbeitshause zu Kosen.

8. Ein Stubenbrand entstand am Freitag Abends 10 Uhr in einer im 2. Stock befindlichen Wohnung des Grundstücks Wasserstraße 7 dadurch, daß das Gewicht einer Hängelampe abfiel, auf den Lampenbassin fiel und denselben vermittelte, wo alsdann das Petroleum brennend auf den Fußboden floß. Durch Aufschütten von Sand wurde der Brand sofort gelöscht, bevor noch etwas von den Sachen beschädigt werden konnte. Die zur Stelle gelangte Feuerwache kam nicht in Thätigkeit.

9. Diebstähle. Ein auf St. Roch (Städtchen) wohnender Schneider hatte am Freitag aus der Stadt 3 Röcke, 3 Paar Beinleider und eine Weste zum Ausbessern erhalten und ging Abends damit nach Hause. Unterwegs wurde er in der Nähe des Barthelthores von mehreren Streichen überfallen, die ihm die aufgeführten Sachen wegnahmen und verschwand. Einem Bewohner der Wienerstraße wurden am Freitag aus unverschlossenem Boden 1 Deckbett und 2 Kopfkissen, deren Ueberzug A. S. gemerkt war, gestohlen.

Aus dem Gerichtssaal.

* Posen, 24. April. [Presseprozess.] Am Sonnabend fand vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts in dem Prozesse Merzbach contra „Posener Ztg.“ die Verhandlung zweiter Instanz statt. Das „Posener Tageblatt“ hatte im Januar des vergangenen Jahres einige verleumderische und beleidigende Artikel gegen die „Posener Ztg.“ gebracht, auf welche diese am 26. Januar mit einem gegen Herrn Merzbach resp. dessen Verlag gerichteten Artikel antwortete. In erster Instanz war nach erfolgter Klage des Herrn L. Merzbach Herr S. Bauer als verantwortlicher Redakteur der „Posener Ztg.“ und als Verfasser jenes Artikels wegen Beleidigung zu 300 Mark Geldstrafe verurtheilt worden, da das Gericht sich nicht überzeugen konnte, daß Herr Merzbach mit jenen erstgenannten Artikeln des „Posener Tageblattes“ in Verbindung stehe. In zweiter Instanz wurde am vergangenen Sonnabend das erstinstanzliche Urtheil bestätigt, weil der Entlassungszeuge resp. für Herrn Merzbach Belassungzeuge, auf welchen sich Herr Bauer bei seiner Berufung bezogen hatte, vor Gericht sich nicht zu entscheiden über die Merzbach'sche Beleidigung an jenen Artikeln äußerte, wie dies — nach der Angabe des Angeklagten — früher privatim geschehen sein sollte. Das Gericht konstatirte demnach in zweiter Instanz ebenfalls, daß nur ein Verschulden der Redaktion des „Posener Tageblattes“ vorliege, ein solches des Herrn Merzbach aber nicht nachgewiesen sei. Dementsprechend lautete der Urtheilspruch. Ein gerichtliches Vorgehen wider den damaligen verantwortlichen Redakteur des „Posener Tagebl.“, Dr. Hoffart, ist für die „Posener Ztg.“ durch die inzwischen längst eingetretene Verjährung unmöglich gemacht.

Telegraphische Nachrichten.

Wiesbaden, 22. April. An dem gestrigen Diner bei Sr. Majestät dem Kaiser nahmen außer dem Großfürsten Vladimir der Prinz Nikolaus von Nassau, der Regierungspräsident v. Wurmb und der Oberst Stariatine Theil. Später war der Geheime Legationsrath v. Bülow zum Vortrag bei Sr. Majestät. Nach dem Theater fand bei Sr. Majestät Familientheater statt. Heute Vormittag nahm der Kaiser die Vorträge des Hofmarschalls Perponcher und des Flügeladjutanten v. Brauchitsch, als Vertreter des Chefs des Militärkabinetts v. Albedyll, entgegen.

Wiesbaden, 22. April. In der heutigen Schlussung des medizinischen Kongresses konstituirte sich ein Verein für innere Medizin mit Wiesbaden als vorläufig ständigem Kongressort. Zum Vorsitzenden des geschäftsleitenden Ausschusses wurde Geheimrath Dr. Frerichs in Berlin gewählt.

Emden, 22. April. Heute fand die Feier der Einweihung des deutsch-amerikanischen Kabels statt. Zu deren Begehung hatte sich die Stadt Emden festlich geschmückt. Außer dem Staatssekretär Dr. Stephan, welcher das Kabel heute dem Verkehr übergeben wollte, waren zu diesem Akte eingetroffen der Generaldirektor der Telegraphen der Niederlande, Staring, mehrere höhere österreichische Telegraphenbeamte, Direktor Schuter und Chef-Ingenieur Lucas, die Elektriker Forde und Ash, Konsul Meier von Bremen, Oberpostdirektor Starckhoff und Geh. Postrath Kempf von Oldenburg, der amerikanische Geschäftsträger, Everett von Berlin und Repräsentanten auswärtiger und hiesiger Behörden. Dr. Lafar, Direktor der „Verinigten Deutschen Telegraphen-Gesellschaft“, gab in seiner Rede eine Darstellung über Entstehung und Ausführung des Kabels, worin er hervorhob, daß die erste Anregung zu dem heute vollendeten Werke von dem Staatssekretär Dr. Stephan vor drei Jahren auf der Insel Sylt gegeben sei. Er beleuchtete die technischen Schwierigkeiten, welche der Legung des Kabels ohne Zwischenstation entgegengestanden und berührte den Vertragsabschluß mit der anglo-amerikanischen Kabelgesellschaft wegen Benutzung des transatlantischen Kabels, welcher in Verbindung mit dem Entgegenkommen der englischen Regierung das Zustandekommen des Werkes ermöglicht habe. Redner bezeichnete die in sieben Tagen erfolgte Legung des 894 Seemeilen langen Kabels als die gelungenste Operation auf dem Gebiete der submarinen Telegraphie, dankte dem Staatssekretär Stephan für die Förderung des Unternehmens und ersuchte denselben, den Befehl zur Eröffnung des allgemeinen Betriebes geben zu wollen. Dr. Löwe-Calbe, Vorsitzender der unternehmenden Gesellschaft,

gab der Genugthuung über die Vollendung des Werkes Ausdruck und zollte gleichfalls dem Verdienste des Staatssekretärs Dr. Stephan um dasselbe dankende Anerkennung. Staatssekretär Dr. Stephan dankte in seiner Erwiderung dem Verwaltungsrathe für seine Initiative, insbesondere dem Dr. Lafar und bemerkte, das Werk habe bei dem Fürsten Bismarck den lebhaftesten Anklang gefunden. Hierauf ward der Betrieb mit folgender Depesche Sr. Majestät des Kaisers an den Präsidenten Arthur eröffnet:

„Es gereicht Mir zur Freude, Ihnen, Herr Präsident, mittelst der heute eröffneten direkten telegraphischen Verbindung zwischen Deutschland und Amerika Meine Befriedigung über die Vollendung dieses Werkes auszudrücken, welches den freundschaftlichen Beziehungen beider Nationen zur weiteren Förderung dienen wird.“

Die Aufgabe der Depesche erfolgte um 4 Uhr 12 Minuten, die Ankunft in Washington um 4 Uhr 16 Minuten. Die sofort eingetretene Antwort des Präsidenten Arthur lautet:

„An Se. Majestät Wilhelm, Kaiser von Deutschland, Wiesbaden. Ich habe mit vieler Genugthuung die erste Depesche auf der neuen Telegraphenlinie zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten erhalten. Gemeinsam mit dem ganzen Volke der Vereinigten Staaten, von welchem Viele bei sich zu Hause noch die deutsche Sprache sprechen, vernehme ich Ew. Majestät freundliche Botschaft mit der Freude, welche Ew. Majestät über die Eröffnung dieser neuen Verbindungsline ausdrücken und in dem Vertrauen, daß dieselbe den freundschaftlichen Beziehungen zur weiteren Förderung gereichen wird, welche mir lebhaft wünschlich und welche zu erhalten und inniger zu gestalten mein Bestreben sein wird. Geheiß Arthur.“

Abends fand im Klubsaale ein Festmahl statt.

Dresden, 21. April. Die heute im Gewerbehause abgehaltene Fröbelsfeier war von über 3000 Personen besucht, an derselben nahmen auch die Vertreter des Kultusministeriums, der Oberbürgermeister und mehrere ausländische Delegirte, aus Benebig, Bologna, Kopenhagen und anderen Orten Theil. Die Festrede hielt Dr. Lange aus Hamburg.

Darmstadt, 23. April. Der Großherzog ist mit seiner Tochter Prinzessin Viktoria heute Vormittag nach London abgereist.

Karlsruhe, 22. April. Der päpstliche Delegat, Gauprälats Spolonerini, ist wieder hier eingetroffen.

Braunschweig, 22. April. Der Herzog ist zu längerem Aufenthalt nach Sibirien abgereist.

Wien, 22. April. Die ungarische Delegation nahm in der Generaldebatte mit allen gegen 4 Stimmen den Ausschlußbericht auf Bewilligung des Kredits mit einem Abstrich von zwei Millionen Gulden an. Die Spezialdebatte beginnt morgen.

Wien, 23. April. In der heutigen Plenarsitzung der ungarischen Delegation hat die Spezialdebatte über den Pacifications-Kredit begonnen. Graf Sechen nahm den Regierungsantrag auf Bewilligung von 23,733,000 Gulden auf und motivirte denselben damit, daß der Delegation nicht das Recht zustehe, von dem Voranschlage der Regierung 2 Millionen abzutreiben, da die Verantwortlichkeit der Regierung nicht in den Delegationen, sondern in den Parlamenten zur Geltung gebracht werde. Graf Apponyi stellte und begründete den Antrag, daß die Bewilligung eines Kredits zur Herstellung von Bauten im Okkupationsgebiete nicht zur Kompetenz der Delegationen, sondern zu derjenigen der beiden Legislativen gehöre. Dieser Antrag wurde nach längerer Debatte, in welcher der Berichterstatter Baross, der Minister-Präsident Tisza und die Delegirten Max Jaff und Graf Andrássy für die volle Kompetenz der Delegationen eintraten, mit großer Majorität abgelehnt. Referent Baross empfahl den Ausschlußantrag, der Finanzminister Namens der Regierung den Antrag Sechens zur Annahme und bemerkte letzterer, daß der Kriegsminister gegen die Nichtgestattung von Virements keine Einwendung erhoben habe. Bei der Abstimmung stimmten 18 Delegirte für Sechens Antrag, dagegen wurde der Antrag des Viererausschusses angenommen. Nächste Sitzung morgen.

Kopenhagen, 22. April. Die Herzogin von Cumberland ist mit 2 Kindern hier eingetroffen und hat sich nach dem Schlosse Amalienburg begeben.

Rom, 21. April. Als griechischer Gesandter bei der italienischen Regierung ist nach hierher gelangter Mittheilung der griechische Gesandte Rhodis in Bukarest designirt.

Rom, 23. April. Zu Ehren Sr. R. Hoheit des Prinzen Heinrich von Preußen findet heute eine Diner bei Dose statt.

Rom, 23. April. [Deputirtenkammer.] Der Deputirte Massari verlangte Vorlegung der diplomatischen Aktenstücke bezüglich der Affabbay, nachdem auch das englische Unterhaus sich mit dieser Frage beschäftigt habe. Der Minister des Aeußern, Mancini, erwidert, die Regierung habe erst dann den Moment für gekommen, um dem Parlament anstandslos die Dokumente und einige diplomatische Korrespondenzen betreffs der italienischen Bestzung an der Affabbay vorlegen zu können, nachdem die Meinung der Regierungen über die Veröffentlichung dem Gebrauche gemäß eingeholt sein werde. Auf die Aufforderung, eine Erläuterung über die Erklärung des Unterstaatssekretärs Dille im englischen Unterhause zu geben, wonach die Niederlassung an der Affabbay eine ausschließlich kommerzielle sei, erklärte Mancini, beide Regierungen stimmten in Bezug auf die Niederlassung in dem Punkte überein, jeden militärischen Zweck auszuschließen. Italien sei gesonnen, die erwähnte Erwerbung einzig und allein zur Entwidlung seiner Handelsbeziehungen zur See und zu wissenschaftlichen Forschungen zu benutzen. Die Regierung hoffe bald die Dokumente sowohl als auch einen Gesetzentwurf betreffs der nothwendigen Kosten vorlegen zu können.

Paris, 22. April. Heute Vormittag hat ein Ministerrath stattgefunden. Präsident Grévy unterzeichnete ein Dekret, welches den einzelnen Ministerien verschiedene Dienstzweige der tunesischen Verwaltung zuweist. In allen Fällen werden sich die Minister indeß mit dem Ministerpräsidenten Cambon durch Vermittelung des Ministers des Aeußern in Verbindung setzen.

Der Justizminister ist beauftragt, eine Gerichtsverfassung sowie die Errichtung eines französischen Gerichtshofes für Tunis, dessen Kompetenz nicht die Aufhebung der Kapitulationen invol-

